Nr. 549. 39. Jahrgang

Abend-Ausgabe.

Freitag, 28. Oktober 1910

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Bundesregierungen.

Im Jahre 1881 hat sich Bismarck im Reichstag einmal über die Wahlhilfe beschwert, die ein Landrat einem Kandidaten gegen seinen Sohn Herbert geleistet habe. Man erzählt schon, daß das kein preußischer Landrat gewesen sein kann! Es war ein meiningischer und die ganze „Beeinflussung" hatte darin bestanden, daß der Kandidat — es war Lasker — mit dem Landrat — es war sein alter Freund Baumbach — einmal in demselben Mietswagen zur Wahlversammlung gefahren war. Genug für den in seiner politischen Allmacht wie in seiner Vaterehre gleich gekränkten Majordomus, sich beschwerdeführend an das meiningische Ministerium zu wenden. Die Antwort lautete ausweichend. Da gedachte es Bismarck den bundesstaatlichen Ministern zu zeigen, was es heiße, ihm nicht zu Willen zu sein, setzte sich hin und schrieb einen Beschwerdebrief unmittelbar an den Landesherrn. Und siehe da, der Allgewaltige bekam ein Schreiben zurück, worin Herzog Georg ihn höflich und kühl — an sein Ministerium verwies!

Das war vor dreißig Jahren. Herzog Georg ist heute ein alter Mann, der sich in einem durch Arbeit köstlichen Leben ein Recht auf Ruhe erworben hat. Das Ruhebedürfnis des Herzogs aber machen sich die herzoglichen Beamten, an der Spitze der Verwaltung anscheinend mehr zunutze, als der Würde und Unabhängigkeit des Herzogtums zuträglich ist. Man erinnert sich noch des peinlichen Aufsehens, das die Broschüre des Rechtsanwalts Größner „Hofball und Armee" vor nicht zu langer Zeit machte. Ihr ist alsbald eine zweite gefolgt „Kabinett gegen freie Schulgemeinde" von Dr. G. Wyneken, die sich mit der meiningischen Schulverwaltung befaßt. Dr. Wyneken ist einer von jenen Pionieren, die es in einer Zeit des wachsenden staatlichen Schulelends unternehmen, pädagogisches Neuland zu erobern. Seine „Freie Schulgemeinde" in Wickersdorf im Thüringer Walde scheint eine von jenen Schöpfungen gewesen zu sein, die für unsere Jugenderziehung ähnliche Aufgaben zu leisten haben, wie sie das Theater des Meininger Herzogs einst für die deutsche Bühnenkunst leistete: in einer dürren Zeit die Saat der Zukunft zu wecken, auspornend, reformierend, revolutionierend auf die Geister zu wirken. Dinge, wovor man bekanntlich nirgends größere Angst hat als im Lande Preußen. Von Preußen scheinen denn auch die nötigen Winke ergangen zu sein, worauf die meiningische Oberschulbehörde sich beeilte, einige in Demut ersterbende Verbeugungen über die Grenze, in der Richtung nach Berlin zu, zu machen und den lästigen Reformator aus Amt und Würden zu grauen — ohne ihn überhaupt zu hören! Wie sagt doch der Herzog von Friedland: „Das Wort ist frei, die Tat ist stumm, der Gehorsam blind." Im Lande des Meininger Herzogs scheint das Wort nicht mehr frei zu sein, dafür aber der Gehorsam — mehr gegen Preußen als gegen den Landesherrn — so blind und verblendet, daß einem um den Nachruhm des alten Georg angst und bange werden könnte. Denn stumm sind die Taten im Zeitalter der Rotationspresse und des Schnellverkehrs nun Gott sei dank nicht mehr!

Der Dr. Wyneken, den die Meininger Oberschulbehörde, gegen den Wunsch und Willen seiner Zöglinge und ihrer Eltern, aus seiner freien Waldschule vertrieben hat, schreibt im Eingang seiner Verteidigungsschrift ein schönes Wort, das weiter verbreitet zu werden verdient:

„Es handelt sich um das Verhalten der Regierung gegenüber einer Anstalt, die sich in keiner Weise wehren kann, und auf einem Verwaltungsgebiet, wo schlechterdings alles dem diskretionären Ermessen der Behörde anheimgestellt ist. Wir werden sehen, wie die Regierung ihre Probe besteht.

Sollte sie diese Probe schlecht bestehen, so sage niemand: Dies war ein Einzelfall, sie wird nicht immer so handeln. In Dingen des Charakters und der Gesinnung gibt es keine Einzelfälle; jeder Einzelfall ist nur Symptom des allgemeinen, zugrunde liegenden moralischen Zustandes. Sie kann jedesmal so handeln, wie sie hier gehandelt hat, solange dieselben Personen ihr Handeln bestimmen.

Ein Volk ist wahrlich glücklich zu preisen, wenn es in solchen Stichproben konstatieren kann, daß ein unerschütterlicher Wille zur Gerechtigkeit in seiner Regierung waltet. Es weiß die Treue, mit der es an seinem Staatswesen hängt, vergolten durch die Treue derer, denen es sich anvertraut. Denn das ist die Treue, die ein Volk von seiner Regierung fordern kann, daß sie den Geist der Gesetze und des Rechtes auch da vollzieht, wo kein Buchstabe sie zwingt und niemand sie kontrolliert."

In Dingen des Charakters und der Gesinnung gibt es keine Einzelfälle! Was dünket Sie nun diese Forderung, Herr Minister v. Bodman, der Sie den Oberamtmann Arnsperger liebedienerisch aus seinem Wirkungskreis austrieben, weil er seine ehrliche Ueberzeugung mit ehrlichen Worten offen ausgesprochen hatte? Der verstorbene Großherzog Friedrich von Baden hielt gewiß zu Preußen. Aber er war auch ein konstitutioneller Herrscher, der es mit der „Treue, die ein Volk von seiner Regierung fordern kann," bitter ernst nahm. Wer ihn gekannt hat, darf wohl sagen: vor einer so plumpen Hetze, wie sie das badische Zentrum mit Rückendeckung durch die preußische Agrardemagogie gegen die großherzogliche Regierung da in Szene gesetzt hat, wäre der alte Friedrich nunmermehr ins Mauseloch gekrochen. Das war noch einer von denen, die konstitutionelles Ehrgefühl im Leibe hatten und dem es auf die Dauer doch wichtiger war, mit seinem Volke in Frieden zu leben, als sich vor den Augen preußischer Junker angenehm zu machen. Der Sohn und Nachfolger freilich scheint auch als Bundesfürst den „kommandierenden General" und den Respekt vor dem obersten Kriegsherrn nicht überwunden zu haben. So ist denn auch im Musterländle Baden da, wo es auf das diskretionäre Ermessen der Behörden ankommt, das Wort unfrei, der Gehorsam blind, und die Tat — stinkt zum Himmel.

Der alternde Bismarck hat sich mehr als einmal bitter beklagt, daß die deutschen Bundesregierungen den Einfluß, den ihnen die Verfassung eingeräumt habe, nicht zu brauchen verständen. Das ist, nachdem der Druck seiner überragenden Persönlichkeit gewichen war, seltsamerweise ärger geworden denn zuvor. Die Bundesfürsten betrachten das Reich nur mehr unter dem Gesichtspunkt einer Versicherung auf Gegenseitigkeit, gegenüber den fortschreitenden Bestrebungen einer neuen Zeit, die ihnen Angst macht. So ist es gekommen, daß der Bundesrat aus einem Organ bundesstaatlicher Selbständigkeit zu einem Instrument preußischer Machthaber herabgesunken ist, mittels dessen sie die Sphäre ihres Einflusses bis an die Grenzen des Reiches erweitert haben. Der Bundesrat hat seinen Beruf, die Befugnisse eines Oberhauses mit denen eines Reichsministeriums zu vereinigen, je länger je mehr verfehlt. Seine legislativen Befugnisse sind in hilflose Abhängigkeit vom Rechte der Exekutive geraten, bei dessen Ausübung Preußens starke Hand „am längeren Hebelarm" ihren Druck auf das ganze Reich ausübt. Eine Reform dieses entarteten Organs der Reichsverfassung wird immer notwendiger. Sie kann sich, wenn man von innen heraus und ohne Künstelei reformieren will, nur in der Richtung bewegen, daß der Bundesrat zu einer rein legislativen Körperschaft, zu einem Oberhaus, umgestaltet wird. Seine exekutiven Befugnisse wird er an ein verantwortliches Reichsministerium abgeben müssen. Daß ein einzelner den riesigen und verwickelten Reichsmechanismus verantwortlich leite, muß mit Notwendigkeit zur inneren Anarchie führen, auch wenn der einzelne eine stärkere Persönlichkeit wäre als Herr v. Bethmann. **Paul Harms.**

Abreise des französischen Botschafters aus Konstantinopel.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 28. Oktober.

Die Pariser Zeitungen verzeichnen ein Londoner Telegramm, das die plötzlich erfolgte Abreise des Botschafters Bompard aus Konstantinopel mitteilt. Nach der englischen Meldung soll die Abreise während der Nacht erfolgt sein, trotz des schlechten Wetters. Bompard habe sich nach Panderma am Marmarameer begeben. Der Londoner Korrespondent sagt aber der auffallenden Nachricht, die mit dem Scheitern der Anleiheverhandlungen in Verbindung gebracht wird, selbst die Bemerkung hinzu, daß die dortigen diplomatischen Informatoren das Telegramm für eine Fiktion halten. Es fehle vorläufig noch die Bestätigung, daß Bompard überhaupt abgereist sei. Wenn er aber wirklich eine Erholungsreise angetreten habe, so sei das jedenfalls nicht unter den romantischen Umständen geschehen, wie die Exchange Telegraph Company sie erzählt, und die Abreise habe nicht, wie das Telegramm vermuten läßt, einen Abbruch der Beziehungen zwischen Frankreich und der Türkei zu bedeuten. Die letzte Folgerung erscheint ohne weiteres klar. Es muß jedoch auffallen, daß kein Blatt ein Dementi der Nachricht durch das Auswärtige Amt in Paris bringt, wo doch wahrscheinlich zuerst Recherchen angestellt wurden.

Auch eine Meldung des „Echo de Paris" über bevorstehende Aenderungen auf diplomatischen Posten könnte indirekt mit der Meldung in Zusammenhang gebracht werden: denn in ihr wird erwähnt, daß Herr Bompard für eine wichtige Stellung „außerhalb der Diplomatie" in Aussicht genommen sei. Die anderen Aenderungen, die das „Echo de Paris" ankündigt, sind: Herr Louis, bisher in Petersburg würde die Leitung des Personalreferats und die „Direktion der politischen Geschäfte" im Auswärtigen Amt übernehmen, eine Neuerung, von der schon öfter gesprochen und die bisher ebenso oft dementiert wurde. Der Botschafter Crozier in Wien würde Generalsekretär der Großkanzlei der Ehrenlegion werden. Geoffroy in Madrid soll nach Petersburg gehen und in Spanien durch Saint René-Taillandier, zurzeit in Lissabon, ersetzt werden. Der Graf d'Aunay in Bern würde aus dem Dienst ausscheiden und als dessen Nachfolger Herr Beau, der Gesandte in Brüssel, gelten. Ob diese in Sperrdruck mitgeteilten Neuigkeiten richtig sind, werden wir ja bald erfahren. Jedenfalls läßt sich aus den Nachrichten über Bompards Schicksal, daß die Anleihefrage der französischen Diplomatie mehr Kopfschmerzen macht, als bisher zugegeben wurde.

Eine englische Beschwerde?

Nach einer Konstantinopeler Depesche des „Daily Telegraph" hätte sich der erste Sekretär der **englischen Botschaft** in Konstantinopel Mr. Fitzmaurice gestern zum Minister des Innern Talaat Bei begeben, um ihm die Mißbilligung des englischen Botschafters

Deutsche Kultur in der Türkei.

Von (Nachdruck verboten.)

Geh. Hofrat Prof. Dr. Cornelius Gurlitt (Dresden).

Die Augen deutscher Politiker, Geschäftsleute und Industrieller sind heute, in den Tagen, da deutsches Kapital sich an der türkischen Anleihe umfassend beteiligt, in ganz anderer Weise auf den Orient gerichtet, als noch vor wenigen Jahren. Die deutschen Großbanken haben Filialen in Konstantinopel und in anderen Städten eingerichtet, die deutschen Ingenieure bauen an der Bagdadbahn, ein Deutscher, Meißner Pascha, schuf die Hedschasbahn, die von Damaskus nach den heiligsten Orten des Islam, Mekka und Medina führt. Der deutsche Handel greift mehr und mehr um sich; deutsche Landwirte versuchen den alten Kulturboden neu zu beleben, der doch so viele Jahrhunderte brach lag. Der deutsche Reiseverkehr nimmt von Jahr zu Jahr zu, seit Dampferlinien und Reisebureaus den Besuch von Konstantinopel zu ihren ständigen Aufgaben gemacht haben. Die Wallfahrt nach Jerusalem ist längst nicht mehr eine solche bescheidener Pilger, sondern gehört in das Programm desjenigen, der „die Welt" gesehen haben will. Mit einer von anderen Völkern mißtrauisch beobachteten Energie greift das Deutschtum dort unten um sich, kämpft es den Kampf der Nationen, die man in Festreden, auf Ausstellungskongressen oft mit Unrecht die „friedlichen" zu nennen pflegt.

Ueberall in der Welt rühmt man die Gründlichkeit und Systematik im Vorgehen der Deutschen. Freilich, wenn man etwa in einem der Hotels Konstantinopels plötzlich in den Schwarm einer Stangen-Reisegesellschaft gerät, so spürt man nicht viel davon. Dort ist nicht nur die Jugend schnell fertig mit dem Wort: was nicht so ist wie in Berlin oder München, ist einfach „verrückt" und müßte sofort geändert werden. Es erscheint „geradezu unbegreiflich", daß man die Verhältnisse nicht nach europäischem Muster umgestaltet; es ist „ohne weiteres klar", daß auf dem Wege, der hier beschritten wird, der Ruin das Ziel sein muß.

Wer im Orient lebt, hat andere Ansichten. Er kennt die guten Eigenschaften der Völker und kennt die Gründe, warum sie sich nicht ändern wollen und sich nicht ändern können. Er weiß, daß da unüberwindliche Mächte walten, die man kennen, genau kennen muß, will man zu ihnen in ein richtiges Verhältnis kommen, er weiß, daß das Reformieren der Orientalen nicht unsere Aufgabe ist, sondern daß wir im besten Falle dazu berufen sind, ihnen die Mittel in die Hand zu legen, durch die sie sich selbst reformieren können.

Diese Mittel aber sind deutsche Wissenschaft, deutsche Technik, deutsche Kriegskunst.

Lange Zeit hat die deutsche Wissenschaft die Erforschung der Türkei anderen Völkern überlassen. Wohl arbeitete sie auf türkischem Boden mit großem Erfolg: die Grabungen in Troja, den klemasiatischen antiken Städten, namentlich in Pergamon, ebenso wie jene der Deutschen Orientgesellschaft in Babylon, Assur, Jericho und an anderen Orten vollzogen sich alle auf türkischem Boden auf Grund von Verträgen, die das Reich mit der türkischen Regierung schloß. Die Forschungsreisen von Männern wie Professor Sarre, Freiherr v. Oppenheim, D. Dr. Grothe sowie einer Reihe von Architekten, die der Orientgesellschaft nahestehen, haben Licht über manche bisher ungeklärte Frage verbreitet. Aber bei vielen von diesen handelte es sich um ein Suchen nach vorislamitischen Kulturresten, das an sich ja von höchster wissenschaftlicher Bedeutung ist, bei dem aber die jetzt dort lebenden Völker lediglich als Zerstörer erschienen.

Die deutsche Schule hat noch lange nicht die Bedeutung im türkischen Reich, die ihr zukommt. Es hat sich zwar 1909 ein „Deutsches Vorderasienkomitee" gebildet, das die Durchdringung der Türkei mit deutschem Wissen beabsichtigt und entsprechende Bibliotheken in türkischen Städten schaffen will. Es bestehen ferner eine Anzahl deutscher Schulen, unter denen die in Konstantinopel sich einer besonderen Blüte erfreut. Aber noch steht Deutschland darin hinter Amerika, England, Frankreich und Italien zurück. Namentlich haben die deutschen Universitäten noch nicht die Bedeutung der Frage erkannt, während in den katholischen Seminaren, besonders Frankreichs, in den Colleges der Amerikaner und Engländer Bildungsstätten höherer Art auf türkischem Boden eingerichtet sind. Der Deutsche Schulverein tut, soviel er kann, das Deutsche Reich hat bisher nur in bescheidenem Umfang das Deutsche Reich hat bisher nur in bescheidenem Umfang das Deutsche Reich hat bisher nur in bescheidenem Umfang erkannt, daß hier durch Anlage und Förderung deutscher Schulen eine Pflicht erfüllt werden muß. Man studiere, was die Franzosen in dieser Richtung zu tun für nötig halten, um einesteils junge nach Frankreich kommende Fremde mit dem französischen Wesen vertraut zu machen, andererseits im Ausland französische Zirkel und Bibliotheken zu schaffen, französische Sprachlehrer zu besorgen, und endlich, um den Stand französischen Einflusses auf fremde Länder dauernd zu beobachten. Die „Office nationale des universités et grandes écoles françaises" ist das Organ, durch das diese Aufgaben erfüllt werden.

Wertvolle nationale Dienste tut das deutsche „Fräulein", das die französische Bonne zu verdrängen beginnt. Früher bezogen die außerordentlich tüchtigen Ingenieure Bulgariens mit Vorliebe französische und belgische technische Hochschulen und Universitäten, weil sie infolge ihrer Ausbildung in der Kinderstube mehr dazu befähigt waren, französischen Vorträgen zu folgen. Heute ziehen sie in der Mehrzahl an deutsche und deutsch-österreichische Institute, deren Ueberlegenheit ich vielfach auch von älteren Fachleuten rühmen hörte. Man lernt dabei verstehen, wie verkehrt die Bestrebungen Kurzsichtiger sind, die den Zuzug von Ausländern an unseren großen Lehranstalten zu beschränken wünschen. Im Gegenteil: wechselseitiger Austausch dient nicht nur den Fremden, sondern in sehr mannigfacher Weise auch uns!

Während die deutsche Reichsregierung noch zögert, die Maßnahmen zur Hebung dieses Verkehrs zu unterstützen, hat sich in der Gelehrtenwelt in neuerer Zeit manches geändert. Das Interesse für islamitische Kultur und damit auch für die der Türken ist stetig angewachsen. Es fanden 1909 in Stuttgart, 1910 in Berlin und München Ausstellungen islamitischer Kunstwerke statt, namentlich die letzte bedeutet einen Fortschritt für Verständnis deutscher Kunstfreunde für das Schaffen der Völker des Islams, eine Gelegenheit, dies in seinem ganzen Reiz würdigen und verstehen zu lernen. In Stockholm plant man eine solche Ausstellung für 1911, die den Beweis erbringen soll, daß ein mächtiger Strom anregender Kunstgedanken über Land vom Orient nach dem Norden kam, und die uns Deutsche lehren wird, wieviel auch wir aus diesem Strom Vorteil zogen.

Die orientalischen Seminare, die an verschiedenen Universitäten, Handelshochschulen und Akademien eingerichtet sind, helfen weiter, die Kenntnis orientalischer Sprachen zu